



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 20.09.2012, 18:10 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Grundschulcampus  
                                 Ortsbegehung und Besichtigung  
  
                                 Treffpunkt: Wilhelmstraße 35

---

**Beratungsverlauf:**

Es erfolgt eine Ortsbegehung und Besichtigung des Grundschulcampus durch die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt sowie des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales.

TOP 2                      Grundschulcampus - Baumaßnahme                      Vorl.Nr. 386/12  
                                 Gartenstraße 14  
                                 - Entwurfsbeschluss  
                                 - Folgekostenberechnung  
                                 (Vorberatung)

---

**Beschlussempfehlung:**

- 1.) Der Gemeinderat beschließt den Entwurf der Ganztageseinrichtung mit Mensa und Bewegungsraum an der Gartenstraße 14 mit Baukosten in Höhe von 3,86 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 und 700) auf Grundlage der Kostenberechnung vom 30.08.2012.
- 2.) Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros mit Anpassung der Honorare auf der Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung vom 30.08.2012 (gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

## Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die durchgeführte Besichtigung und Ortsbegehung des Grundschulcampus der Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales in Tagesordnungspunkt 1.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) weist auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 386/12 und die Erläuterung des Entwurfs unter TOP 1 hin und stellt das geplante Vorhaben nochmals kurz anhand einer Powerpoint-Präsentation dar. Sie geht dabei insbesondere auf Lage, Grundrisse, lichte Raumhöhen, die notwendige Pfahlgründung, Ansichten, Projektablauf sowie die Kostenentwicklung ein.

Herr **Schäffer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die beschlossene energieeffiziente Bauweise und die Gründe, die den Standort Gartenstraße 14 zu einem optimalen Standort für ein Förderprojekt mache. Er geht auf die Anforderungen des Förderprogramms sowie die Wirtschaftlichkeit im Verhältnis zum Mehraufwand für eine energieeffiziente Bauweise ein. Der investive Mehraufwand nach Abzug der Fördermittel betrage 26.000 Euro. Eine Amortisation durch die Teilnahme am Projekt trete bereits nach drei Jahren ein.

In der nachfolgenden Aussprache äußert Stadtrat **Lutz** Bedenken bezüglich der Kosten und wünscht sich, dass die Mehrkosten dem Gremium künftig früher mitgeteilt würden. Insgesamt sei es wieder einmal ein sündhaft teures Gebäude.

Stadtrat **Juraneck** ist der Meinung, dass eine Kostensteigerung in dieser Dimension nicht passieren dürfe. Er gehe davon aus, dass in der Kostenschätzung Fehler gemacht wurden. Es sei zwar klar, dass man mit öffentlichen Gebäuden Vorbildfunktion habe. Andererseits stelle er sich die Frage, ob der angestrebte Standard mit weniger Technik erreicht werden könne.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass die entsprechenden Maßnahmen und Ausgaben im Bereich Bildung und Erziehung getätigt werden müssten. Ein besonderer Blick auf die Herstellungs- wie auch Folgekosten sei jedoch erforderlich. Ein Zweckbau müsse nicht zwangsläufig billig, hässlich und energetisch minderwertig sein. Funktionsgebäude müssten in erster Linie funktionieren und mit Blick auf die Folgekosten wirtschaftlich sinnvoll sein. Ein Großteil der geschilderten zusätzlichen Erschwernisse hätten der Verwaltung beim Grundsatzbeschluss 2011 weitgehend bekannt sein müssen. Eine Erhöhung von 2.150.000 Euro auf jetzt 3.850.000 Euro sei nicht akzeptabel und eine Prüfung hinsichtlich möglicher Einsparungen erforderlich. Eine Turnhalle und Mensa müsse nicht im Passivhausstandard gebaut werden. Sie würden zwar gebraucht, aber nicht zu diesem Preis. Er weist auf Unstimmigkeiten in Unterlagen der Stadt und Kostenberechnung hin. Auch die Zeitnot lasse man nicht gelten. Man werde dem Vorschlag nicht zustimmen und fordere die Verwaltung auf, kurzfristig Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen und handhabbare klare Vorschläge vorzulegen.

Stadtrat **Gericke** berichtet, man habe bei der Besichtigung auf dem Grundschulcampus gesehen, wie wichtig es sei, dass nachhaltig gebaut werde. Der Platz sei dort rar, aber andere Möglichkeiten bieten sich nicht. Man habe bereits eine Terminverzögerung von fast einem Jahr. Es sei notwendig, dass etwas vorangehe und man nicht unnötig lange mit Provisorien leben müsse. Gerechtfertigt sei, höhere Investitionen zu tätigen, um Energiestandards auch längerfristig gut darstellen zu können.

Stadtrat **Haag** zeigt sich mit seiner Geduld bezüglich der Kosten am Ende. Er stelle sich die Frage, was in der einzelnen Leistungsphase eigentlich erforderlich sei und wo die grundsätzlichen Probleme lägen. Man habe es mit einem sehr schwierigen Grundstück zu tun, das für eine solche Bebauung eigentlich nicht geeignet sei. Mit den Werten sei sehr oberflächlich umgegangen worden. Alle Punkte der geforderten Qualität seien im Vorjahr beim Grundsatzbeschluss bereits aufgeführt gewesen. Ein wesentlicher Punkt eines Passivhauses stelle zudem die positive Energiebilanz aus der Sonneneinstrahlung dar. Er habe Zweifel, ob es an dieser Stelle mit dieser

Nutzung richtig sei, dass man ein Passivhaus als Standard heranziehe. Es gebe Kosten, die ursprünglich nicht erwartet worden seien. Die Höhe der Kosten sei im Zusammenhang mit der gesamten Haushaltslage nicht verantwortbar.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert, dass der Bau eine Folge der beschlossenen Schulentwicklungsplanung sei. Die Kostenerhöhung lasse sich nicht komplett mit den Planungsänderungen erklären. Energieeffizientes Bauen sei im letzten Jahr bereits Standard gewesen. Weshalb auch hier Kostensteigerungen zu verzeichnen seien, sei nicht erklärbar. Man könne den Eindruck gewinnen, dass die Baukosten bewusst niedrig gehalten wurden, um so leichter eine Zustimmung zu erreichen. Es scheine auch, dass die technischen Einrichtungen zu hoch angesetzt seien. Entsprechend des Vorschlags der Freien Wähler sollten Möglichkeiten der Einsparung bis zur Entscheidung im Gemeinderat vorgelegt werden.

Stadtrat **Noz** verweist auf die Zusage, dass das Vorhaben bei 2,1 Mio. Euro gedeckelt sei. Die Grundlagen eines Neubaus könnten normalerweise mit festen Werten ermittelt werden. Die Kostensteigerung könne er nicht mittragen, vielmehr müsse man zu einer vernünftigen Kostengröße zurückfinden. Er bittet dringend, Alternativen für eine kostengünstigere Realisierung des Vorhabens aufzuzeigen.

BM **Schmid** weist darauf hin, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Personaleinsparung die Themen Energie, Wohnungsbau, Brandschutz, Amokprävention, Schulbauten und Kinderbetreuung habe abdecken beziehungsweise unterstützen müssen. Der Fehler sei, dass man fünf Jahre im Voraus in der mittelfristigen Finanzplanung bereits Zahlen einstellen müsse. Das könne nicht funktionieren, weil man sich zu dem Zeitpunkt mit dem Thema im Detail noch nicht beschäftige. Der Mangel liege im Zeitpunkt der Darstellung. Das erstklassige Personal sei momentan mit solchen Fragestellungen fünf Jahre im Voraus überfordert. Den Vorwurf, man halte Kostenschätzungen bewusst niedrig, um eine Zustimmung zu erhalten, weise er zurück. Möglichkeiten der Einsparung ergäben sich aus der Vorlage, leider aber nicht mehr die großen Sprünge. Angesichts des Investitionsberges müsse man sicher auf Standards achten, man müsse jedoch im Einzelfall entscheiden, welcher Standard zu hoch sei.

Stadtrat **Glasbrenner** hält eine Schätzung in der mittelfristigen Finanzplanung fünf Jahre im Voraus ebenfalls für nicht machbar. Hier gehe es jedoch um den Beschluss eines Bauvorhabens, für das ein Baugesuch vorgelegen habe. Die Ausführung als Passivhaus oder die Einreichung als EU-Projekt sei nicht zur Entscheidung vorgelegt worden.

Nachfolgend erläutert Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), welche Alternativen man geprüft habe, nachdem Kostenrahmen entstanden seien, die man selbst nicht erwartet hatte. Er beantwortet des Weiteren die in der Diskussion aufgetauchten Fragen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere nach der Heizungsart, dem Passivhausstandard, den Gebäudehöhen und Raumgrößen, der Zuschussbemessung sowie dem Baugrund.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** sagt Herr **Weißer** dem Gremium den Erhalt der Präsentation von Herrn Schäffer, der ausführlichen Zahlendarstellung bezüglich der Energiefragen, zu.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** die Schulbaurichtlinien. Diese seien seiner Meinung nach überholt. Der Schulhof insgesamt sei für rund 500 Schüler zu klein. Das Kleinspielfeld werde als Pausenfläche benutzt.

BM **Schmid** verweist abschließend darauf, dass man sich in der Entwurfsplanung befinde. Man könne nur um die Energieeffizienz oder um die nachhaltige Bauweise reduzieren. Ansonsten sehe er kein Einsparpotential.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 378/12.

Die Vorlage erläuternd geht zunächst Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) auf die einzelnen in der Übersicht dargestellten Projekte des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft, insbesondere im Hinblick auf Kostenentwicklung und Terminalschiene, ein.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die Mehrkosten in Bezug auf das Projekt der Erweiterung des Kindergartens Bäderwiesen.

In der nachfolgenden Aussprache findet auf Anfrage von Stadtrat **Noz** eine kurze Diskussion im Gremium in Bezug auf die Darstellung des Status eines Projektes statt. Aus der Sicht von Stadtrat **Noz** sollte bei einem Projekt auch der Hergang erkennbar sein, was nicht der Fall wäre, wenn bei nachträglicher Genehmigung der Mehrkosten bei einem Projekt der rote Punkt dadurch wieder grün würde.

Stadtrat **Juraneck** schlägt zur Handhabung vor, im entsprechenden Fall den roten Punkt zu belassen, aber diesen um einen grünen Punkt in der gleichen Zeile zu ergänzen, um den Verlauf und eventuelle Probleme eines Projektes verfolgen zu können.

Als Ergebnis der weiteren kurzen Aussprache erklärt BM **Schmid**, man werde die Projekte unter dem Gesichtspunkt der durchgängigen Handhabung ab der Kostenberechnung, nochmals betrachten.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht daraufhin erläuternd auf die Projekte des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen und erkennende Kostensteigerungen in diesem Bereich ein.

Im Anschluss beantwortet Herr **Kohler** Nachfragen aus der Mitte des Gremiums. Stadträtin **Schübler** nimmt insbesondere Bezug auf das Projekt der verkehrlichen Verbesserung in der Bottwartalstraße als Maßnahme zur Radwegeplanung. Dort fehle noch der gesamte Belag auf dem Radweg. Mit Blick auf die Marbacher Straße verweist sie weiterhin auf eine Zusage, den Weg entlang des Blühenden Barock zu asphaltieren, da dies ein großer Gefahrenpunkt darstelle. Herr **Kohler** erklärt, diese Maßnahme würde getrennt über die Straßenunterhaltung durchgeführt. Er sagt zu, die Sache nochmals anzuschauen. Die Erläuterungen seien auf den Einzelblättern vermerkt.

BM **Schmid** weist darauf hin, dass die Datenblätter der einzelnen Projekte im Internet eingestellt seien und dort eingesehen werden könnten.

---

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 264/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Noz** das Bauvorhaben von der Kostenseite her völlig aus dem Ruder gelaufen. Solch gravierende Mehrkostenbeschlüsse seien für ihn nicht nachvollziehbar.

Aus der Sicht von Stadtrat **Glasbrenner** ist ein nachträglicher Beschluss der Vergabesummen nicht akzeptabel. Auf Seite 2 der Vorlage verweisend wisse man zudem nicht, wie die Revision zusammen mit dem Fachbereich Hochbau und Gebäude die Schlussabrechnung des Elektrikers bewerten werde.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) beantwortet nachfolgend Nachfragen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere von Stadträtin **Liepins** sowie der Stadträte **Noz**, **Glasbrenner** und **Haag**. Im Hinblick auf Schäden im Innenbereich sei die Einrichtung in Funktion. Bezüglich der Elektroarbeiten sei man ebenfalls schockiert gewesen. Der Sachverhalt werde derzeit dezidiert geprüft, man habe die Revision mit eingeschaltet. Sie stellt des Weiteren die Hintergründe des nun notwendigen Beschlusses dar.

Für Stadträtin **Burkhardt** ist deutlich geworden, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft dringend eine Aufstockung des Personals benötige. Keinen Controller, sondern einen Fachmann, der helfe, die umfangreichen Aufgaben gut durchzuführen.

Stadtrat **Juranek** zeigt sich verwundert, dass die Preissteigerungen erst zum Schluss auftauchten. Für ihn sei völlig unverständlich, dass dies unvorhergesehen mit der Schlussrechnung komme.

BM **Schmid** stellt kurz den Hintergrund dar und erläutert, dass man in diesem Bereich einen Fachplaner hatte.

Stadtrat **Noz** erklärt, mit Blick auf die Höhe der Überschreitung könne er der heutigen Vorlage nicht zustimmen. Er hätte hierzu zuvor gerne eine juristische Stellungnahme.

Frau **Barnert** und Herr **Weißer** erläutern nochmals den Sachverhalt. Kostenprognosen einschließlich einer Schlussrechnungsprognose seien angefragt und keine Mehrkosten angemeldet worden. Das weitere Vorgehen müsse nun in Absprache mit der Revision noch festgelegt werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache im Gremium erfolgt im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 20.09.2012 keine Abstimmung über die Vorl.Nr. 264/12.

Auf Wunsch seitens des Gremiums soll vor einer Entscheidung bis zur Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012 zum Sachverhalt eine rechtliche Stellungnahme vom Fachbereich Revision vorliegen.

---

**Beschluss:****1. Baubeschluss Variante 1**

Der 1. Bauabschnitt der Eberhardstraße zwischen Wilhelmstraße und Bärenstraße wird nach den Plänen der Arbeitsgemeinschaft Dipl.-Ing. Volker Rosenstiel, Freiburg und Rauschmaier Ingenieure, Bietigheim-Bissingen vom 11.05.2012 saniert und umgestaltet.

Grundlage ist die Variante 1 (Fahrbahn in Asphaltbauweise).

Die Kosten der Maßnahme in Höhe von **430.000,-- €** werden genehmigt.

**2. Vergabebeschluss**

Die Firma Langjahr, Kirchheim/Neckar, erhält den Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten im 1. Bauabschnitt der Eberhardstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	352.504,67 €
+ Unvorhergesehenes ca. 7,8 %	<u>27.495,33 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b>380.000,00 € (brutto)</b>

Bei Ausführung der Variante 2 (Fahrbahn gepflastert) erhöht sich die Vergabesumme auf 425.000,-- €.

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten der Maßnahme um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es findet eine getrennte Abstimmung der Ziffern der Vorl.Nr. 374/12 statt.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 374/12 und 534/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

BM Schmid verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Bezug nehmend auf die Vorl.Nr. 374/12 führt Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) anhand einer Powerpoint-Präsentation zum 1. Bauabschnitt erläuternd aus und weist auf die

Mehrkosten hin. Zum weiteren Vorgehen sei als Baubeginn der 08.10.2012 vorgesehen und am 01.10.2012 eine Informationsveranstaltung geplant.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert nachfolgend den Sachverhalt in Bezug auf die Vergabe der Straßenbauarbeiten im 1. Bauabschnitt. Mit Gesamtkosten in Höhe von 430.000 Euro seien diese um 40.000 Euro höher als im Entwurfsbeschluss. Eine Deckung der Mehrkosten durch eingesparte Haushaltsmittel sei gewährleistet.

In der nachfolgenden Aussprache Stadtrat **Noz** man sei unterschiedlicher Meinung, er würde sich nicht verkämpfen für Schwarzbelag. würde auch den Anliegern folgen und sich fügen. In der Vorlage vermisste er jedoch, wie das letzte Mal besprochen, dass man die Außenbewirtung beim Post Cantz erweitern und auf der anderen Seite beim Museum die Breite reduzieren wolle. Er bittet, diese Veränderungen noch vorzunehmen.

Stadtrat **Griesmaier** erklärt, seine Fraktion neige dazu, die Gestaltung der Fahrbahn in Form der Pflasterung vorzunehmen und somit Variante 2 der Vorlage zuzustimmen. Der Aspekt der Strapazierfähigkeit des Belags in der Eberhardstraße sei in diesem Bereich nicht entscheidend.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert an die angesprochene Anregung, in der Straße einen leichten Schwenk mit aufzunehmen, um die östliche Fläche mit den bestehenden Gaststätten zu vergrößern und die weniger benötigte westliche Fläche zu verringern. Bezüglich eines Pflasterbelags im Bereich des Stadtmuseums stelle man seine Bedenken zurück, bei der Straße sehe man dies, insbesondere mit Blick auf die zu erwartende nicht unerhebliche Geräusentwicklung für die Anwohner, nicht als erforderlich an. Seine Fraktion spreche sich für den Asphaltbelag aus, auch mit Blick auf die Straßenkreuzung zur Bärenstraße.

Stadträtin **Schübler** spricht sich für ihre Fraktion für den Pflasterbelag aus, zum einen aus Gründen der Stadtgestaltung, zum anderen führe dieser zur deutlichen Geschwindigkeitsreduzierung.

Stadtrat **Haag** spricht sich im Namen seiner Fraktion mit Blick auf einen Gleichklang in der Stadt- und Straßengestaltung ebenfalls für den Pflasterbelag in Variante 2 aus. Vor allem beim Übergang vom Pflasterbelag zum Asphaltbelag direkt hinter der Wilhelmgalerie sei dort eine deutliche Geschwindigkeitszunahme feststellbar. Der Gehwegverbreiterung im Bereich der Gastronomie könne er sich anschließen, wenn dadurch keine Einschränkungen im Liefer- oder Parkierungsverkehr vorlägen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, sie selbst neige eher zu Asphalt. Sie würde jedoch interessieren, ob es eindeutige Stellungnahme der Anwohner zu Pflaster oder Asphalt als Belag gebe.

Stadtrat **Seybold** als Anwohner führt hierzu aus, mit Blick auf die Geräusentwicklung wäre ihm ein schwarzer Fahrbahnbelag lieber.

Stadtrat **Gericke** sieht insbesondere die einheitliche Stadtgestaltung und die Attraktivitätssteigerung der Eberhardstraße im Vordergrund.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** informiert Herr **Kohler**, dass eine Vertragserfüllungsbürgschaft von 5 % bis zum Baubeginn vorgelegt werden müsse.

Unter dem Aspekt des sehr engen Straßenraums sieht Stadtrat **Juranek** in einem einheitlichen Pflasterbelag Vorteile in der Wirkung und auch für die Außenbewirtschaftung.

Herr **Kurt** geht nachfolgend auf Ausführungen und Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums ein, insbesondere zur Frage der Gehwegbreite auf der Ost- und Westseite sowie in Bezug auf die Andienung und Ausweisung der Anlieferzone.

Ergänzend macht Architekt **Rosenstiel** (Architektur und Stadtplanung, Freiburg) Ausführungen zur Straßenaufteilung und zeigt die Situation anhand eines Planes auf. Er geht des Weiteren auf Vor- und Nachteile eines Pflaster- und Asphaltbelages ein.

BM **Schmid** stellt im Anschluss zunächst Ziffer 1 a. des Beschlussvorschlags der Vorl.Nr. 374/12 mit dem Variantenvorschlag 2 einer gepflasterten Fahrbahn im Gremium zur Abstimmung.

Dieser Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Nachfolgend stellt BM Schmid Ziffer 1 des Beschlussvorschlags mit der Variante einer Fahrbahn in Asphaltbauweise, im Gremium zur Abstimmung.

Dieser Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Bezüglich der Planung des 2. Bauabschnitts erläutert Herr **Kurt** weiterhin die Ergebnisse des Runden Tisches. Die Anregungen seien bei der Erarbeitung des Entwurfs bereits berücksichtigt worden. Eine Reduzierung der Stellplätze im gesamten Bereich von heute 31 auf 18 sei vorgesehen.

Herr **Rosenstiel** zeigt nachfolgend den Vorentwurf der beabsichtigten Planung sowie die Gestaltungsüberlegungen, durch Bilder verdeutlichend, auf. Er beantwortet im Anschluss offene Fragen aus der Mitte des Gremiums zur Planung.

Stadtrat **Noz** spricht sich im Rahmen der Aussprache für eine möglichst geringe Reduzierung der Stellplätze aus und plädiert dafür, die maximal mögliche Zahl an Stellplätzen einzurichten.

Stadtrat **Gericke** bittet die Verwaltung, einen Alternativvorschlag zu erarbeiten, in dem gar keine Parkplätze mehr enthalten seien und das Versprechen einer Erweiterung des Marktplatzes zur Eberhardstraße wahr mache. Insbesondere mit Blick auf Menschen mit einer Geheinschränkung, Kinderwägen, etc. sei eine ebene Platzfläche besser und auch die vorgesehenen 8 cm hohen Bordsteine zu hoch. Unter Berücksichtigung des Aspektes der Aufenthaltsqualität und Erlebbarkeit des Platzes könne er der vorgestellten Variante nicht zustimmen.

Stadtrat **Haag** bringt zum Ausdruck, dass sich die Gestaltung der Eberhardstraße durchaus von der Marktplatzgestaltung unterscheide und sieht eine Fortführung aus einem Guss als Illusion.

Stadtrat **Glasbrenner** wäre für eine Skizze dankbar. Er spricht sich dafür aus, mit einem Teilstück nochmals an den Runden Tisch zu gehen und sich danach nochmals mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Herr **Kurt** erläutert nachfolgend die vorgesehene weitere Vorgehensweise, mit dem Vorentwurf in die Informationsveranstaltung zu gehen und mit dem Feedback wieder in das Gremium zu kommen. Man werde Anregungen bezüglich Zahl und Stelle der Stellplätze sowie zur Gestaltung einholen und dann mit Alternativvorschlägen zur Diskussion und Entscheidung wieder in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt kommen.

Stadtrat **Noz** spricht sich im Falle einer Informationsveranstaltung dafür aus, dort keine Abstimmung vorzunehmen und eine schriftliche Befragung bei den Anliegern und Geschäftsleuten durchzuführen.

Herr **Rosenstiel** informiert ergänzend, dass das Muschelkalkpflaster für Rollatoren und Rollstühle nicht geeignet sei.

Abschließend stellt BM **Schmid** Ziffer 2 der Vorl.Nr. 374/12 im Gremium zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 374/12 und 534/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011, Vorl.Nr. 534/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung der Vorl.Nr. 374/12 erledigt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 5, Vorl.Nr. 374/12.

**Beschluss:****Vergabebeschluss**

Die Firma Lukas Gläser aus Aspach erhält den Auftrag zur Durchführung der Sanierungs- und Umgestaltungsarbeiten in der Walter-Flex-Straße.

Grundlage des Auftrages ist das Angebot der Firma Lukas Gläser vom 28.08.2012.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	1.104.581,26 €
+ Unvorhergesehenes ca. 6 %	<u>65.418,74 €</u>
Vergabesumme	<b><u>1.170.000,00 €</u></b> (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

**Beratungsverlauf:**

BM Schmid verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 362/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadträtin **Schübler**, ihre Fraktion könne die  

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 20.09.2012

vorliegende Planung nicht mittragen. Mit Blick auf Parkplätze, die jetzt gar nicht mehr notwendig seien, sei man dagegen, dass viel Geld für Maßnahmen ausgegeben werde, die ökologisch nicht sinnvoll seien. Daher werde man der Vorlage nicht zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus und bittet dies im Protokoll festzuhalten, dass sie der Vorlage nicht zustimmen könne. Grundlage des heutigen Vergabebeschlusses sei eine Planung, der sie schon in den Vordiskussionen nicht zugestimmt habe. Weder Klimaverbesserung noch umweltfreundliche Mobilität in Gestalt der Verbesserung des Busverkehrs hätten in den Vordiskussionen eine Rolle gespielt, sondern im Wesentlichen die Frage der Zahl der Parkplätze. Die Zahl sei so hoch, dass sie zu mehr Kfz-Verkehr und weniger klimafreundlichem Grün in der Walter-Flex-Straße führen werde. Einer solchen Planung könne sie nicht zustimmen.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 362/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7	Erschließung City-Ost II. Teil Endausbau Porzellanallee Endausbau Jakob-Ringler-Allee Endausbau Alt-Württemberg-Allee zwischen Porzellanallee und Jakob-Ringler-Allee Bau- und Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 375/12
-------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

## **Beschluss:**

### **1. Baubeschluss**

In der Porzellanallee, der Jakob-Ringler-Allee und der Alt-Württemberg-Allee (zwischen Jakob-Ringler-Allee und Porzellanallee) wird der Straßenendausbau nach den Plänen des Büros Rauschmaier Ingenieure vom 09.03.2012 durchgeführt.

Die hierfür anfallenden **Gesamtkosten in Höhe von 660.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer** werden genehmigt.

### **2. Vergabebeschluss**

Der Auftrag für die Ausbuarbeiten wird an die Firma Wilhelm Hubele, Marbacher Straße 193, 71642 Ludwigsburg, auf der Grundlage des Angebots vom 05.07.2012 vergeben.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme (pauschal)	609.280,00 €
+ Unvorhergesehenes ca. 2 %	<u>10.720,00 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>620.000,00 € (brutto)</u></b>

Bei Kostenüberschreitungen wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

BM Schmid verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 375/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auch findet keine Aussprache statt.

Abschließend stellt BM Schmid die Vorl.Nr. 375/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 8

Poppenweiler  
- Unterbringung Musikverein Poppenweiler  
(MVP) in der Zehntscheuer, Kelterplatz 8  
- Anmietung Kelterplatz 10 zur Unterbringung  
der Geschäftsstelle Poppenweiler

Vorl.Nr. 365/12

---

### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss beschließt die Unterbringung des Vereins MVP in den derzeitigen Räumen der Geschäftsstelle Poppenweiler in der Zehntscheuer. Für den Umbau werden Kosten in Höhe von ca. 70.000,- Euro bereitgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ladengeschäft im Gebäude Kelterplatz 10 mit einer Fläche von ca. 120,00 m<sup>2</sup> zur Unterbringung der Geschäftsstelle Poppenweiler zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von 960,00 Euro, beginnend ab frühestens 01.11.2012, anzumieten. Für den Umbau werden Kosten in Höhe von ca. 40.000,- Euro bereitgestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM Schmid auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 365/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache stellt Stadtrat **Glasbrenner** seitens seiner Fraktion den Antrag, in Bezug auf die Anmietung des Ladengeschäftes im Gebäude Kelterplatz 10 zur Unterbringung der Geschäftsstelle Poppenweiler eine Laufzeit des Mietvertrags von lediglich 5 Jahren, mit der Option der Verlängerung auf 10 Jahre, festzulegen. Vor allem wenn man innerhalb eines Ortsteils Überlegungen habe, seien zehn Jahre ein sehr langer Zeitraum.

Stadtrat **Noz** bringt eine Anregung seitens seiner Fraktion zum Ausdruck, die Geschäftsstelle in zwei Bereiche aufzuteilen und dort eine zweite Nutzung unterzubringen.

Frau **Kucher**, Mitglied des Stadtteilausschusses Poppenweiler, erklärt, unter dem Gesichtspunkt der Planungssicherheit begrüße man den 10-Jahres-Mietvertrag für die Bürgermeisteramtliche Geschäftsstelle.

Stadträtin **Liepins** führt aus, die meisten seien mit der vorgeschlagenen Lösung jetzt zufrieden und plädiert dafür, endlich einen Knopf dran machen.

Stadtrat **Gericke** erklärt, seine Fraktion könne die vorgeschlagene Lösung grundsätzlich mittragen. Positiv sei insbesondere, dass es so für das Schulhaus eine ausschließlich schulische Nutzung gebe und der leerstehende Laden von Schlecker eine für Poppenweiler wichtige zukunftsfähige Nutzung erhalte.

Auf die Besprechung in Poppenweiler verweisend findet Stadtrat **Haag** die Lösung der Trennung sehr gut. Er weist auf die sehr gute Lage des Schlecker-Ladens hin, die eine gute Chance der Präsentation nach außen biete.

Stadträtin **Burkhardt** findet erfreulich, dass man nun eine Lösung des Hauptproblems gefunden habe. Sie bittet die Verwaltung, möglichst bald einen Vorschlag zur endgültigen Unterbringung des RKV zu machen.

Auf Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere von Stadträtin **Liepins** und Stadtrat **Haag**, erläutert zunächst Herr **Springer** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) den aktuellen Stand der Gespräche mit den Vereinen. Der RKV gehe momentan von einer temporären Unterbringung in der Zehntscheuer aus. Er macht des Weiteren Ausführungen zum Grundriss, der Nutzung der Räume und Möglichkeiten der Unterbringung insbesondere der Vereine RKV, Gesangsverein, Musikverein und Landfrauen. Mit den betreffenden Vereinen befinde man sich in Gesprächen. Sobald eine endgültige Lösung vorliege, werde man wieder informieren.

Zur Thematik Scheune, Reinhold-Maier-Straße verweist Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) auf den Beschluss, das Gebäude zu erhalten, aber nur im Rahmen des ermittelten und im Haushalt angemeldeten Betrages von 165.000 Euro. Dies bedeute eine reine Instandhaltungsmaßnahme mit der Möglichkeit der Nutzung als Lagerzelle.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt nachfolgend zur Dauer des Mietvertrags aus, dass mit dem Vermieter abgeklärt werden müsste, ob dieser auch mit einem 5-Jahres-Mietvertrag mit eventueller Option einverstanden sei.

Als Ergebnis der Aussprache stellt BM **Schmid** daraufhin den Antrag von Stadtrat Glasbrenner, die Laufzeit des Mietvertrags bezüglich der Unterbringung der Geschäftsstelle Poppenweiler auf zunächst 5 Jahre, mit der Option einer Verlängerung um weitere 5 Jahre, im Gremium zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

BM **Schmid** erklärt, dass diesbezüglich mit dem Vermieter entsprechend nach verhandelt werden müsse.

Abschließend stellt BM Schmid die Vorl.Nr. 365/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 9

Fortschreibung des Luftreinhalteplans

Vorl.Nr. 321/12

---

### **Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt 9, Vorl.Nr. 321/12 wird von BM Schmid aus zeitlichen Gründen vertagt.

Eine Beratung findet in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 04.10.2012 statt.

**Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt 10, Vorl.Nr. 329/12 wird von BM Schmid aus zeitlichen Gründen vertagt.

Eine Beratung findet in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 04.10.2012 statt.

**Beratungsverlauf:**

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 10, Vorl.Nr. 329/12.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1, Vorl.Nr. 373/12 und 327/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

BM Schmid verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen und geht kurz auf die Mitteilungsvorlage Nr. 373/12 ein.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache erläutert und begründet Stadtrat Lutz den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2012, Vorl.Nr. 327/12 und stellt hierbei insbesondere den Aspekt der Kostentransparenz dar.

Bezug nehmend auf die Thematik Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg geht Herr Vogt (Landratsamt Ludwigsburg) erläuternd auf die Höhe der Kosten ein. Nach jetziger Untersuchung würde dabei auf die Stadt Ludwigsburg ein Kostenanteil in Höhe von ca. 10.000 Euro entfallen.

BM Schmid geht abschließend kurz auf Finanzierung und Bereitstellung der Mittel im Haushalt ein.

---

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1, Vorl.Nr. 373/12 und 327/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2012, Vorl.Nr. 327/12 ist mit Mitteilungsvorlage Nr. 373/12 und Berichterstattung im Gremium erledigt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 11, Vorl.Nr. 373/12.